

Als dann im Juli die indische Regierung bekanntgab, dass sie anstrebe, das „manual scavenging“ schon bis März 2009 (!!) abzuschaffen, haben wir uns gewundert, weil es ja äußerst selten ist, dass sich Regierungen noch ehrgeizigere Ziele setzen als die Zivilgesellschaft. Die wirkliche Überraschung kam aber erst im August, als Bezwada Wilson, der Leiter von SKA, einen Besuch in Deutschland machte und über die Nachwirkungen unserer Mini-Demonstration aus indischer Sicht berichtete. Wir haben ihn gebeten, dieses aufzuschreiben und an uns zu schicken. Dies hat er inzwischen getan:

Dear Walter,

I just want to inform you about the tremendous impact of your advocacy programme in front of the Indian Embassy on 14th April, 2008 on the eve of Dr. Ambedkar's Anniversary.

Two or three weeks after the event I received a telephone call from the Director, Internal Security, Ministry of Home Affairs, Government of India. He asked for a convenient place and time to meet me. I volunteered to go to his place but he preferred a private place instead. He cited security reasons for his preference since his office is located in North Block, which is a High Security zone where visitors are not allowed. Subsequently, we met at a coffee restaurant on 4th June 2008 where we conversed with each other. He started the conversation by enquiring about you, Dr. Uma Kant and my affiliation with you.

He asked many questions about you and DSN Germany's campaign activities. I told him what little I know about DSN Germany, that it is a forum that extends solidarity support for dalit struggles. I also told him that I was aware about the demonstration before the Indian Embassy in Berlin. Then he himself shared with me a few details of your demonstration. Then he told me that he and four other officers were assigned to closely monitor SKA activities. When I informed him about my travel schedules he told me that he has full knowledge about all my movements and details about other key members of SKA. He asked me for evidences of manual scavenging practice, which he wanted to submit to the Prime Minister's office through his officials. He told me that whatever information he is collecting from us or about us will be sent to the concerned ministries. He then enquired about our intention to boycott the common wealth games. It appeared to me that he was gathering information and assessing our capabilities and solidarity strengths. Our conversation lasted nearly 2 hours.

It is very clear that your demonstration has had its impact. In the past we had held several demonstrations and dharnas before government offices and public places, but none of them have disturbed our government officials as much as your demonstration so far away in Germany. Your demonstration has made them to sit up and take cognizance of our antecedents and activities in India. We are happy that our cause and struggle is now being watched seriously. We have come to realize that even a small intervention such as your demonstration in a foreign country will have its immediate impact upon our government and hopefully they would respond positively to our demands. Meanwhile they have even done so and set a new deadline much before we have set for the total eradication of manual scavenging.

We wish to thank you for your salutary contribution and urge DSN Germany to launch many more such programmes to support our cause. Please do undertake the signature campaign with a note explaining the plight of safai karmacharis in manual scavenging and in demand of eradication of manual scavenging. It would help if such a note with large number of signatures is widely circulated.

Thank you once again for your very successful effort.

Bezwada Wilson,

National Convenor, Safai karmachari Andolan

Dieser Brief schreibt unserer Mini-Demo erhebliche Auswirkungen zu, die man kaum für möglich halten mag; bis hin zu dem Vorstoß der indischen Regierung, sich ein eigenes, noch ehrgeizigeres Ziel als SKA selbst zur Beseitigung des „manual scavenging“ zu setzen. SKA hat uns jetzt auch gebeten, an einer Unterschriftenkampagne zu ihrer Unterstützung teilzunehmen. Darüber werden wir in Kürze weitere Einzelheiten mitteilen.

Absage für das Bad Boll Indien-Seminar im September

Anfang September musste die Plattform das mit großem Arbeitsaufwand geplante Indien-Seminar, das vom 26. bis 28. September hätte in Bad Boll stattfinden sollen, absagen. Der Grund dafür ist, dass es unmöglich war, die eigentlichen Adressaten der Ideen zu einer Quotenregelung für die Dalits auch in der Privatindustrie Indiens zu motivieren, am „runden Tisch“ in Bad Boll teilzunehmen und sich z.B. mit einem Vertreter der ‚Confederation of Indian Industries‘, der indischen Botschaft oder dem renommierten Ökonomen Prof. Thorat oder der GTZ-Beauftragten für den Global Compact auf einen Dialog über die spezielle Ausformung von Unternehmungsverantwortung im indischen Kontext einzulassen.

Obwohl die ersten Reaktionen auf unsere Anfrage bei fast allen der 15 angefragten deutschen Unternehmen positiv waren und sie teilweise sogar die Teilnahme ihrer indischen KollegInnen in Aussicht stellten, änderte sich das Bild immer dann, wenn sie mit ihren indischen Counterparts gesprochen hatten. Danach war es aus den unterschiedlichsten Gründen (von der zeitlichen Verfügbarkeit bis hin zum mangelnden Einblick in die indische Situation oder einer fehlenden Richtlinie dazu) nicht mehr möglich, an dem Austausch teilzunehmen. Selbst die Bitte an eines der Unternehmen, über die in ihrem Hochglanzbericht zur Unternehmensverantwortung nur kurz dargestellten Aktivitäten bezüglich ihrer „Diversity-“ und „Equal Opportunity-Maßnahmen“ in Südafrika und in den USA zu berichten, wurde mit der Begründung abgelehnt, hier in Deutschland niemanden zu haben, der dazu kompetent Auskunft geben könnte! Das war besonders enttäuschend, da die dort eingeführten Maßnahmen in vielem dem nahe kommen, was man in Indien unter dem Stichwort „Reservation in Private Sector“ diskutiert. Es hätte dann sicher eine interessante Übung werden können, die dortigen Erfahrungen und Prinzipien auf die indische Situation zu übertragen. In zahlreichen Gesprächen mit den Verantwortlichen in diesem Geschäftsbereich der deutschen Firmen wurde aber auch eine generelle Zurückhaltung, ja Abwehr, deutlich, bezüglich der indischen Situation irgendwelche Anpassungen z.B.

der generellen Antidiskriminierungsleitlinien in Betracht zu ziehen, die der außerordentlich komplexen sozialen Stratifizierung und Diversität der indischen Gesellschaft gerechter werden könnten. Ganz offenbar wartet man auf gesetzliche Vorgaben, die man dann, so versicherte man mir, selbstverständlich einhalten würde. Gegenwärtig sieht man aber ganz offensichtlich keinen Handlungszwang. Dies wurde besonders deutlich im Gespräch mit dem Zuständigen einer großen weltweit tätigen Firma, der mir sagte, dass sein Unternehmen sich nicht auf einen ganz allgemeinen Benachteiligungsvorwurf in Bezug auf ihre Einstellungspraxis einlassen werde. Erst wenn wir ganz konkret nachweisen könnten, dass es eine solche Diskriminierung faktisch gebe (dass also Dalits nicht entsprechend ihrer Bevölkerungsstärke in seiner Belegschaft vertreten wären), sehe er für seine Firma einen konkreten Handlungsdruck.

Dies alles mag die Erklärung dafür sein, dass man sich auch in unserem Seminar nicht ohne Not auf irgendwelche Zugeständnisse oder mögliche Maßnahmen festlegen wollte und deshalb lieber ganz fernblieb. Es sieht alles danach aus, dass man erst dann etwas tun will, wenn es nicht mehr anders geht – eine pro-aktive verantwortlich Sozialpolitik haben die deutschen Unternehmen zusammen mit ihren indischen Counterparts wohl nicht im Sinn.

Dhaka-Konferenz zur Reform des indischen Wahlsystems

Vom 8. bis 10. Oktober hat in Dhaka (Bangladesch) die Konferenz zur Reform des indischen Wahlrechts (CERI – Conference on Electoral Reform in India) stattgefunden. Die Veranstalter (REDS, Tumkur) waren nach Bangladesch ausgewichen, weil man für internationale Konferenzen in Indien eine Genehmigung der Regierung benötigt, die man aller Wahrscheinlichkeit nach für dieses Thema nicht oder doch nur mit vielen Einmischungen in die Inhalte hätte erhalten können.

Das Echo auf die Einladung zu dieser Konferenz war überwältigend. Schon bald nach der Ankündigung waren die etwa 50 Plätze im Konferenzzentrum in der Nähe von Dhaka belegt und vielen Interessierten musste abgesagt werden. Das Programm war ziemlich dicht, um die vielen mit diesem Thema zusammenhängenden Aspekte unterbringen zu können.

Da die Plattform schon seit einiger Zeit versucht, die indische Dalit-Bewegung für dieses Thema zu interessieren und seine Bedeutung für die gesamte Bewegung herauszuarbeiten, hatte der Veranstalter den Koordinator der Plattform um einen grundsätzlichen Beitrag zum Thema gebeten. Dieser hob in seinem Beitrag insbesondere darauf ab, dass das bisherige indische Wahlverfahren in keiner Weise

geeignet sei, den Willen des Volkes in angemessene parlamentarische Repräsentanz zu übertragen. So sei es 1998 vorgekommen, dass die Hindufundamentalisten eine satte parlamentarische Mehrheit gewonnen und dem Kongress die bis dahin empfindlichste Niederlage zugefügt hätten, obwohl ihr Gesamtstimmenanteil nur bei ca. 28% der Stimmen und damit um ca. 5% unter jenem des Kongress gelegen hätte! Er verwies außerdem darauf, dass ein auf der Verhältniswahl basierendes Wahlrecht die Fixierung auf Wahlkreise auflösen und stärker auf Programme hinlenken und damit eine programmorientierte politische Arbeit von Minderheiten und eine authentischere parlamentarische Repräsentanz fördern könne. Dies könnte auch ein Weg sein, die (von Ambedkar immer befürchteten) negativen Auswirkungen des Poona-Paktes zu überwinden. Er versuchte die

KonferenzteilnehmerInnen davon zu überzeugen, dass diese Wirkungen aus dem System selbst zu verstehen und weder auf eine bewusste Manipulierung Ghandis noch auf den schlechten Charakter der Dalit-Abgeordneten zurückzuführen seien. Wer der einzige Kanal zur Vertretung der verschiedenen Interessen in einem Wahlkreis sei, müsse sich für alle einsetzen und könne sich nur schwer für eine gezielte Minderheitenpolitik stark machen. Das lasse auch eine ausgesprochene „Dalit-Politik“ schnell verblasen. Einen breiten Raum nahmen auch die Diskussionen um die Übertragbarkeit des deutschen Wahlsystems auf Indien ein. Vor allem die Befürchtung, dass es zu kompliziert sein könnte für die vielen analphabetischen Dalits besorgte die TeilnehmerInnen. Weitere Informationen über andere Ausformungen des Verhältniswahlrechts und die Versicherung der Veranstalter, auf keinen Fall unbedingt auf einer Übernahme des deutschen Systems zu bestehen, bestärkte sie in der Zuversicht, dass es möglich sein wird, ein „***taylor-made Indian proportionate system***“ entwickeln zu können. Es war besonders schade, dass es trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen war, einen Wissenschaftler aus Neuseeland zu gewinnen, der das dortige neue Wahlsystem hätte darstellen können, das vor wenigen Jahren mit der ausdrücklichen Absicht entwickelt worden war, den Maori eine bessere politische Repräsentanz zu ermöglichen. Ein Austausch darüber soll jedoch noch nachgeholt werden.

Ein Teil der Zeit wurde auch darauf verwendet, die weitere Arbeit zu planen. Man einigte sich darauf, dass es zunächst die wichtigste Aufgabe ist, das Wissen um eine Alternative für ein Wahlsystem zu verbreiten und gezielt mögliche ‚stakeholders‘ (Massenmedien, Parteien, Gewerkschaften, die Wahlkommissionen und die NRO,s) damit zu befassen. Neben einer weiteren bundesweiten

Konferenz soll es deshalb in 14 Bundesstaaten Landeskonferenzen geben, für die bereits die Verantwortlichen aus den Reihen der CERI-TeilnehmerInnen festgelegt worden sind.

Selbstverständlich werden auch die bereits im Vorfeld der Konferenz geknüpften Kontakte zu Universitäten in den USA, Großbritannien und Deutschland und zur London School of Economics weiter ausgebaut, um mit ihnen v.a. die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten zu diskutieren.

Christenverfolgungen in Orissa – die Plattform und der Bischof der Bherampur Diözese treffen den Menschenrechtsbeauftragten Nooke und Bundestagsabgeordnete

Ende August war es nach einem Attentat auf einen radikalen Swami, der dem Hindu-Nationalrat (VHP) nahestand, zu massiven Ausschreitungen gegen Christen im Khandhamal-Distrikt in Orissa gekommen. Obwohl die maoistischen Naxaliten sofort die Verantwortung für den Mord übernahmen, waren danach die Christen, die in dieser Region fast 30% der Bevölkerung stellen, Ziel der Angriffe eines hindunationalistischen Mobs. Mordend und brandschatzend zog dieser mehrere Tage durch den Distrikt, ohne ernsthaft von den Ordnungskräften aus Armee und Polizei an ihrem Tun gehindert zu werden. Bis Ende September kam es immer wieder zu neuer Ausschreitungen, bei denen mindestens 50 Personen getötet und viele vergewaltigt und verletzt wurden. Etwa 50 000 Menschen flohen in panischer Angst in die Wälder, wo sie ohne Schutz und ausreichend Nahrung teilweise bis heute ausharren.

In den Gesprächen mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Günter Nooke und seinem Stab sowie Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, der Grünen und der Linken wies Bischof Nayak, der eigentlich nur zu einem schon länger geplanten Routinebesuch bei europäischen katholischen Hilfswerken (Misereor u.a.) hatte kommen wollen, darauf hin, dass solche Überfälle auf religiöse Minderheiten keineswegs zufällig, sondern Teil einer langfristigen politischen Strategie des VHP seien. Der Mord an dem Hindu-Führer sei nur der notwendige Vorwand. Der VHP wolle im Prinzip ein religiös „gesäubertes“ Indien (Stichwort: Indien den Hindus) und verfolge die Strategie des BJP-Ministerpräsidenten Modi in Gujarat. Diesem hätten die Pogrome gegen Muslime eine satte parlamentarische Mehrheit eingebracht und das wolle man jetzt in dem ebenfalls BJP-regierten Orissa unter etwas veränderten Bedingungen (die größere Minderheit sind dort Christen) wiederholen. Für diese Sichtweise spricht auch, dass es kurz nach diesen Vorfällen in Orissa auch zu Ausschreitungen gegen Christen in dem ebenfalls BJP-regierten Karnataka kam. Weil diese Strategie erkennbar sei,

könne man auch nicht davon ausgehen, dass sich die Situation bald beruhige. Da im nächsten Jahr gesamtindische Wahlen bevorstünden, müsse man eher mit weiteren und vielleicht sogar intensivierten Übergriffen dieser Art rechnen.

Die Gesprächspartner reagierten sehr betroffen auf diese Analyse und versicherten dem Bischof, der Misereor-Mitarbeiterin und dem Koordinator der Plattform, dieses Problem baldmöglichst mit den indischen Gegenübern zu besprechen. Die menschenrechtspolitischen Obleute der Fraktionen wollen die indische Botschafterin zu einem Gespräch einladen, um sie über ihre Besorgnis über diese Entwicklungen in Indien und speziell über die Tatenlosigkeit der Ordnungskräfte zu informieren. Sie wollen außerdem auf direktem Wege mit dem Außenministerium geeignete Maßnahmen diskutieren, um Indien in diesen Fragen zu einer entschlosseneren Haltung zur Verteidigung des säkularen Staates zu drängen.

Es ist zunächst ein ermutigendes Zeichen, dass der indische Ministerpräsident die Vorfälle in Orissa als eine „Schande für Indien“ bezeichnet hat.

(Weitere und detailliertere Informationen zur Situation in Orissa können beim Koordinator der Plattform angefordert werden.)

Dalit-Info Nr. 18 – November 2008

Herausgeber: Plattform Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD);
Koordinator: Walter Hahn,

Kontaktadresse: Friedhofstraße 32, 71088 Holzgerlingen, Tel.:
07031/4364733, Fax: 0711/2159288

e-mail: w.hahn@brot-fuer-die-welt.org

Spenden für unsere Arbeit sind sehr willkommen.

Spendenkonto der Plattform bei: Postbank Frankfurt, Kto-Nr.:
944 522 604, BLZ: 500 100 60, Stichwort: Dalitsolidarität –
Ph.Müller.

Website: www.dalit.de

In der „Plattform Dalit Solidarität in Deutschland“ arbeiten u.a. folgende Organisationen zusammen: Brot für die Welt, Evang Studentengemeinde II Frankfurt, das Ökumenische Zentrum in Frankfurt, Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Adivasi-Koordination, Aide à l'enfance de l'Inde (Luxemburg), Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Andheri-Hilfe, Caritas DESWOS, das Dritte Welt Haus Frankfurt, FIAN International, HEKS (Schweiz), Indienhilfe Herrsching, Inkota, Missio Aachen, die Missionswerke in Südwestdeutschland, Nordelbien, Leipzig und Niedersachsen, Das Hunger-Projekt, der „Weltgebetstag der Frauen“ und viele Einzelpersonen aus dem Bereich von Aktionsgruppen, Publizistik und Wissenschaft, sowie Misereor und EED als Beobachter.

Den Grundsätzen der Plattform entsprechend ist diese „Dalit-Info“ offen für Beiträge verschiedener Ansätze und Richtungen der Dalit-„Bewegungen“ in Indien und für die Netzwerke auf anderen südasiatischen Ländern bzw. über den Kreis des „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) hinaus. Die enge Verflechtung mit der Arbeit der indischen „National Campaign on Dalit Human Rights“ und dem IDSN ist jedoch wesentlich Voraussetzung der Informations- und Lobbyarbeit hier in Deutschland.